



+++ freitagspost +++

FREITAG, 10.08.2018

Weniger Polizei im Rhein-Erft-Kreis – Sollen jetzt Verwaltungskräfte für Sicherheit sorgen?

Abbau von vier weiteren Polizeistellen im Rhein-Erft-Kreis ist eine enttäuschende Abkehr von der Personalpolitik der SPD-geführten Landesregierung

Die CDU-geführte Landesregierung wird ab September vier Polizeibeamte weniger im Rhein-Erft-Kreis einsetzen als bisher. Dazu erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg: „Leider tritt nun genau das ein, was ich befürchtet habe. Statt die Polizeipräsenz im Rhein-Erft-Kreis weiter zu erhöhen, wie es in den Jahren mit SPD-geführter Landesregierung der Fall gewesen ist, verliert der Kreis erneut Polizisten, die aktiv auf der Straße für Sicherheit sorgen. Vor dieser Rückkehr zum Abbau von Polizeikräften im Kreis haben wir bereits vor der Landtagswahl gewarnt und ärgerlicherweise kommt es nun genau dazu.“

Nachdem unter der CDU-geführten Landesregierung von 2005 bis 2010 die Planstellen von 666,4 auf 662,5 reduziert worden waren, ist es der SPD-geführten Landesregierung von 2010 bis 2017 gelungen 40 neue Planstellen im Rhein-Erft-Kreis zu schaffen (Stand 2017 vor der Landtagswahl: 702,3 Planstellen). Der nun geplante verstärkte Einsatz von Verwaltungskräften war bereits von der letzten Landesregierung zur Entlastung der Beamten geplant. Bereits im letzten Jahr waren im Rhein-Erft-Kreis mehr als zwei Polizeistellen abgebaut worden.

„Grundsätzlich ist die Entlastung von Beamten von Verwaltungsarbeit der richtige Weg. Dies aber zur Ablenkung beim Abbau der Polizeistellen zu benutzen ist dreist. Es werden unterm Strich aktive Polizeikräfte durch Innendienstler ersetzt. Dies geschieht nun im zweiten Jahr hintereinander. Dieses Austauschen von Polizeistellen gegen Verwaltungskräfte hat also System. Das ist eine eklatante Abkehr von den lautstarken Wahlversprechen der CDU. Es ist mir schleierhaft, wie man diese Entwicklung positiv bewerten kann“, betont das Mitglied des Innenausschusses des Landtags.

Auch Dagmar Andres, stellvertretende Vorsitzende der Rhein-Erft-SPD, die als Landtagsabgeordnete die positive Entwicklung bei der Polizeistärke im Rhein-Erft-Kreis mitbewirkt hat, ist enttäuscht: „Ich erinnere mich gut daran, dass der Landrat als Leiter der Kreispolizeibehörde vor der Landtagswahl mit großen Einsatz versucht hat, die positive Entwicklung bei der Personalstärke zu verschleiern. Nun werden wir spürbar weniger Polizistinnen und Polizisten im Rhein-Erft-Kreis haben als bisher. Es ist traurig zu sehen, wie die positive Entwicklung der letzten Jahre einfach kaputt gemacht wird.“

„So wird der Tagebau wieder zum rechtsfreien Raum“

CDU-Innenminister Reul will an der bisherigen Polizei-Einsatztaktik auch beim Klimacamp 2018 nichts ändern

Der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg ist mit Blick auf den anstehenden Polizeieinsatz zum Klimacamp 2018 besorgt. Für den Zeitraum vom 11. bis 22. August 2018 sind wieder neue Aktionen am Hambacher Forst und Tagebau Hambach zur Störung der Braunkohleförderung zu erwarten. Der Vorsitzende der SPD im Rhein-ErftKreis nahm das zum Anlass zwei Kleine Anfragen an die Landesregierung zu stellen. Dabei ging es einerseits um die Aufarbeitung des Klimacamps 2017 und andererseits um die Vorbereitung der Sicherheitsbehörden für das anstehende Klimacamp.

Guido van den Berg: „Beim Klimacamp im letzten Jahr haben 1.330 Personen eine Straftat begangen, indem sie unrechtmäßig in den Tagebau eingedrungen sind.“ Nach Auskunft der Landesregierung wurden durch die Staatsanwaltschaft Aachen, anlässlich der Protestaktion im November 2017 im Hambacher Forst und am Tagebau Hambach, 999 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Fast alle Verfahren wurden eingestellt oder ohne Verurteilung abgeschlossen. Zudem verlief die versuchte Identitätsfeststellung, der in Gewahrsam genommen und festgesetzten Personen laut Bericht der Landesregierung erfolglos. Folglich hatte die gewalttätigen Aktionen für viele Störer keine strafrechtlichen Konsequenzen. Guido van den Berg hat dazu eine klare Position: „Der Rechtsfrieden in der Region ist gestört, weil die Menschen das Vertrauen verloren haben, dass Straftaten ordentlich geahndet werden.“

Aus diesem Grund hat der Abgeordnete im Düsseldorfer Landesparlament nach den Schlussfolgerungen der Landesregierung aus dem Klimacamp 2017 gefragt. „Es darf sich nicht wiederholen, dass Recht gebrochen und nicht geahndet wird, wenn im August das nächste Klimacamp vor der Tür steht. Zudem muss das Land die Sicherheit der Bergleute im Tagebau gewährleisten“, stellt Guido van den Berg klar.

Mit Erschrecken stellt van den Berg daher in der Beantwortung seiner Kleinen Anfrage durch die Landesregierung fest, dass an dem bisherigen Einsatzkonzept festgehalten werden solle. Dabei ist nach jetzigem Kenntnisstand von CDU-Innenminister Reul davon auszugehen, dass es erneut zu massiven – auch gewalttätigen – Protestaktionen kommen wird. „Wenn aber von 1.300 Personen, die offenbar beim Klimacamp 2017 eine Straftat begangen haben, die Polizei nur einzelne namentlich ermittelt, ist das kein rechtsstaatlich überzeugendes Einsatzkonzept für das Klimacamp in zwei Wochen. Der Innenminister lässt mit einer laxen Identitätsfeststellung so den Tagebau erneut zum rechtsfreien Raum werden“, ärgert sich der SPD-Landtagsabgeordnete aus dem Rhein-Erft-Kreis.

Guido van den Berg fordert: „Die Landesregierung muss ihre Hausaufgaben machen, damit es während des Klimacamps 2018 nicht erneut zu massiven Rechtsverletzungen kommt. Ich erwarte ein klares Einsatzkonzept, welches Leib und Leben der Beschäftigten sichert und die Identitäten der zu erwartenden Störer erfasst. Es reicht nicht, in Sonntagsreden über Nulltoleranzstrategien zu reden. Der Rechtsstaat muss seine Handlungsfähigkeit beweisen.“

IMPRESSUM:

Rhein-Erft SPD

Fritz-Erler-Straße 2 // 50374 Erftstadt

V.i.S.d.P.: Johannes Stracke (Kreisgeschäftsführer)

Tel.: 02235 – 927140 Fax.: 02235 – 9271419 E-Mail: info@rhein-erft-spd.de

